

## Offene Fragen der Geschichte Band 6

### Chronik von 1944 bis 1945

"Operation Walküre",  
Morgenthau-Plan,  
Hitlers Vernichtungsstrategie,  
Fluchtkatastrophen 1944/1945,  
Stalins Liquidationspolitik,  
US-Direktive JCS 1067,  
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,  
Potsdamer Abkommen,  
Hiroshima und Nagasaki,  
Polonisierung Ostdeutschlands ...

### Band 6/020

### Chronik: Mai 1945

#### Mai 1945

**Deutsches Reich:** NKWD-Einheiten errichten im Mai 1945 im Dorf Weesow (nordöstlich von Berlin) ein sowjetisches Internierungslager.

Das Internierungslager Weesow wird danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).

Ein Angehöriger der US-Besatzungstruppen berichtet im Mai 1945 über die Zustände in Frankfurt/Main (x114/2.57): >>Frankfurt ist zu 80 bis 90 Prozent zerstört. Nach der Ausgangssperre um 19 Uhr schallen die Stiefel der GIs wie Schritte in einer Gruft. Man hört keine Hunde bellen und keinen Laut von anderen Tieren. Die Leute, die im Stadtgebiet bleiben, verkriechen sich in die Keller, haben vielleicht nur das Wasser, was sie in Kübeln von einer zentralen Zisterne holen, und haben kein Licht, ganz zu schweigen von anderen Einrichtungen, die ihre Lage erleichtern könnten.

Wir waren in den Überresten eines Hotels untergebracht; ein paar Räume waren notdürftig zurechtgezimmert worden, und der Besitzer des Hotels stellte jedem von uns einen kleinen Kübel mit Wasser zur Verfügung. Andere Einrichtungen gab es nicht, und die GIs hatten in der ehemaligen Grünanlage vor dem Eingang provisorisch eine Grube gegraben. Die Einheimischen erledigten dieses Geschäft offenbar wie die Tiere, d.h. sie erledigten es irgendwo in den Trümmern und deckten nachher alles zu.

Das trifft natürlich nur auf die Armen zu. Die Reichen leben von all dem ziemlich unberührt in den Vororten oder den umliegenden Städten wie Bad Homburg oder Ursel; sie wohnen dort mit ihren Dienern und haben fast allen Luxus.

Ich weiß das, weil ich mehrere Direktoren und Techniker aus ihren Häusern abgeholt und die Gelegenheit wahrgenommen habe, mir die Häuser sehr gründlich anzusehen. Außerdem hatte die Bourgeoisie anscheinend reichlich zu essen, frisches Gemüse, Eier und Milch, ausreichend Eingemachtes und Konserven aller Art.

Die in den Städten zurückgebliebenen Armen stehen fast den ganzen Tag an, um das bißchen zu erhalten, was sie überhaupt bekommen konnten.<<

Im Mai 1945 wollen immer mehr ostdeutsche Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.

**CSR:** In Brünn weist Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudeten-deutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein muß (x025/95).

### **Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa**

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde damals in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecks frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.

Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.

Der Fußmarsch von Kolberg (Ostpommern) bis nach Heilsberg (Ostpreußen) dauerte z.B. 12 Tage.

Weitere Beispiele: Küstrin (Ostpommern) - Heilsberg (Ostpreußen) = 20 Tage.

Karthaus (Westpreußen) - Kreis Bartenstein (Ostpreußen) = 59 Tage.

Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.

Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) auf.

**Die Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mittel-europa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):**

<b>Deutsche Bevölkerung in Zahlen:</b>	<b>Flüchtlinge</b>	<b>%</b>
<b><u>Memelland</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	<u>30.000</u>	<u>22</u>
<b><u>Ostpreußen</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>296.000</u>	<u>11</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>770.000</u>	<u>30</u>
<b><u>Ostpommern</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	<u>150.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>1.000.000</u>	<u>54</u>
<b><u>Ostbrandenburg</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	<u>50.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>350.000</u>	<u>53</u>
<b><u>Schlesien</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	<u>800.000</u>	<u>17</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>2.500.000</u>	<u>53</u>
<b><u>Danzig</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	_____	_____
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>200.000</u>	<u>50</u>
<b><u>Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>46.000</u>	<u>12</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>186.000</u>	<u>50</u>

<b>Deutsche Bevölkerung in Zahlen:</b>	<b>Flüchtlinge</b>	<b>%</b>
<b><u>Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement</u></b>		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	<u>- 770.000</u>	<u>- 63</u>
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	<u>154.000</u>	<u>13</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	<u>614.000</u>	<u>50</u>
<b><u>Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei</u></b>		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	<u>- 911.000</u>	<u>- 25</u>
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	<u>- 100.000</u>	<u>- 3</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>3.489.000</u>	<u>97</u>
<b><u>Estland, Lettland und Litauen</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	_____.	_____.
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	<u>23.000</u>	<u>100</u>
<b><u>Jugoslawien</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	<u>- 160.000</u>	<u>- 44</u>
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	<u>200.000</u>	<u>56</u>
<b><u>Rumänien</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	<u>-100.000</u>	<u>- 20</u>
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	<u>404.000</u>	<u>80</u>
<b><u>Ungarn</u></b>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	<u>- 60.000</u>	<u>- 11</u>
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	<u>21.000</u>	<u>4</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>504.000</u>	<u>93</u>
<b><u>Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):</u></b>		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100
Nach Westen flüchten 1944/45	<u>-8.375.000</u>	<u>- 49</u>
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	<u>1.717.000</u>	<u>10</u>
<b>Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)</b>	<b><u>10.270.000</u></b>	<b><u>61</u></b>

**Quellen:** "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/70E-76E):

>>Die Rückwanderung innerhalb der Oder-Neiße-Linie begann schon sehr zeitig. In den polnischen Gebieten, in Ostpreußen, in Ostbrandenburg, in Teilen Westpreußens und im südlichen Streifen Ostpommerns machten sich bereits seit den letzten Januartagen Tausende auf den Rückweg, nachdem das schnelle Vordringen der Russen eine weitere Flucht unmöglich gemacht hatte.

Eine neue Welle der Rückwanderung folgte vor allem im März, als von Ostpommern und Danzig her zahlreiche Deutsche aus Ost- und Westpreußen wieder in ihre Heimat zogen und gleichzeitig auch die während der Flucht von sowjetischen Truppen überrollte Bevölkerung Ostpommerns in ihre Heimatorte zurückstrebte.

Eine Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen aus Gegenden außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete erfolgte dagegen erst nach dem Waffenstillstand und zwar im wesentlichen nur aus den Flüchtlingsaufnahmegebieten Böhmens und Mitteldeutschlands, die entweder schon bei Kriegsende von russischen Truppen besetzt waren oder später der russischen Besatzungsmacht unterstellt wurden. ...

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der durch die Flucht versprengten deutschen Bevölkerung durchaus nicht einheitlich. Die auf der Flucht befindlichen Trecks, die unterwegs in russische Hände fielen, wurden in vielen Fällen sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen wenigstens die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Heimatorte erteilt. In anderen Fällen wieder kümmerte man sich wenig um sie, ließ sie bleiben, wo sie waren, registrierte sie an ihren Zufluchtsorten und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...

Auch an anderen Stellen erscheint die Haltung der Russen undurchsichtig und widerspruchsvoll. ...

Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute. Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. ...

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt. Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. ...

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. ...

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. ...

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in die Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. ...

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rd. 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden.

... Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann. ... Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Art beteiligten.

...

Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert. ... Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

... An der schlesischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen. ...

Zusammen mit rd. 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, waren es rd. 1,0 Millionen Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rd. 2,5 Millionen Menschen angewachsen ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141-142): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.

Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlorenen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten.

Die Rückkehr spielte sich in verschiedenen Phasen ab. Die ersten, die zurückkehrten, waren die Flüchtlinge, die vom raschen sowjetischen Vormarsch abgeschnitten worden waren. Bereits in den letzten Januartagen 1945 kehrten viele Ostpreußen in die heimatlichen Orte zurück. Dann folgten eine zweite Welle der Rückwanderung im März und eine dritte nach der Kapitulation am 7./8. Mai 1945.

Die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten – in Sachsen, Brandenburg und Westpommern – hatten ihre Heimorte vor der Roten Armee verlassen,

ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein. Deshalb wollten sie ihr weiteres Schicksal lieber in der Heimat abwarten, zumal sich die russischen Truppen nach der Kapitulation sehr viel disziplinierter zeigten als vorher.

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der Flüchtlinge durchaus nicht einheitlich. In vielen Fällen wurden Trecks sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen die Erlaubnis zur Rückkehr erlaubt. In anderen Fällen registrierte man sie und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...

Es scheint, daß vor der Potsdamer Konferenz die russischen Militärbefehlshaber keine Anweisungen über die geplante Vertreibung der Deutschen erhalten hatten. Es war zunächst militärisch sinnvoll, Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung dadurch zu erreichen, daß jeder in sein Heimatgebiet zurückkehrte.

Insgesamt gesehen war die sowjetische Haltung undurchsichtig und widerspruchsvoll, denn manchmal haben die Russen die von den polnischen Behörden schon vor der Potsdamer Konferenz begonnenen Ausweisungsaktionen in Einzelfällen behindert, in den meisten Fällen aber gebilligt. ...

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, bis sie ihre Heimat erreichten, und viele mußten erleben, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch übertraf. Der Eisenbahnverkehr lag still, Trecks waren ihrer Pferde beraubt worden, Gepäckstücke waren restlos ausgeplündert.

Die Rückkehrer zogen meistens zu Fuß durch abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Leichen von Soldaten und Zivilisten verweseten. Es gab kein Deutsches Rotes Kreuz mehr, keine Hilfeleistungen von deutschen Soldaten oder Regierungsstellen. Hunger und Durst forderten neue Opfer. Sie fürchteten nicht nur die sowjetischen Truppen, sondern auch die polnische Miliz. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Rückkehr aus der CSR (x004/26-27): >>Der größte Teil der aus dem Ostsudetenland und dem östlichen Protektoratsgebiet geflohenen Deutschen wurde in Westmähren und den unmittelbar benachbarten Bezirken Böhmens vom Ausbruch des tschechischen Aufstandes und vom deutschen Zusammenbruch überrascht.

Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt im innertschechischen Gebiet befanden; denn neben den Drangsalierungen durch Rotarmisten waren sie der Willkür und den Haßgefühlen der tschechischen Aufständischen, aber auch der Behörden und der Zivilbevölkerung ausgeliefert. Der Verlust der geretteten Habe durch Plünderung und Konfiskation war noch das geringste Übel. Die Not steigerte sich durch Ausschreitungen aller Art und den Entzug der persönlichen Freiheit mit Zwangsarbeit und Internierung. Soweit die Flüchtlinge den Internierungs- und Sammellagern entgehen konnten, schlugen sie sich unter großen Entbehrungen in ihre Heimatorte durch.

Im Osten des Schönhengstgaus (in den Kreisen Mährisch Trübau, Zwittau, Landskron und Hohenstadt), wo der größte Teil der aus dem östlicheren Sudetenland geflohenen deutschen Bevölkerung eine Zuflucht gefunden hatte und auch in anderen Gebieten wurden die Flüchtlinge von den neugebildeten tschechischen Verwaltungsorganen zur sofortigen Rückkehr aufgefordert, und zwar mit dem Hinweis, daß der bei der Flucht zurückgelassene Besitz bei einer längeren Abwesenheit des Besitzers beschlagnahmt würde. ...

Da aber plündernde Rotarmisten die Hauptstraßen unsicher machten, zogen die meisten ... auf kaum befahrbaren Seiten- und Gebirgsstraßen und oft auf weiten Umwegen heimwärts. Meist blieben alle diese Vorsichtsmaßnahmen erfolglos. Trotz Umgehung der von den Sowjets oder Tschechen besetzten Ortschaften und Übernachtung in Wäldern griffen Streifen viele Rückkehrer auf, konfiszierten Pferde und Wagen und lieferten die Menschen in Sammel- und In-

ternierungslager ein. Soweit sie nur vorübergehend festgehalten wurden, mußten sie zu Fuß den Weg fortsetzen, da die Benutzung der Verkehrsmittel für die Deutschen inzwischen verboten worden war.

Die Evakuierten, die seinerzeit mit Autobussen oder der Bahn abtransportiert worden waren, erhielten nur in wenigen Fällen eine Fahrgenehmigung, oder wurden, als Deutsche erkannt, aus dem Zug geholt; meist mußten sie auch zu Fuß den Rückweg antreten. Sie ließen das gerettete Gepäck in ihren bisherigen Aufenthaltsorten, in der Hoffnung, es später einmal nach Normalisierung der Verhältnisse holen zu können. ...

Die Heimkehrenden fanden ihre Wohnungen und Höfe, soweit sie nicht schon in den Kämpfen zerstört worden waren, entweder ausgeplündert oder beschlagnahmt und von Tschechen besetzt vor. Sie mußten bei Nachbarn, Verwandten oder Bekannten Unterkunft suchen oder wurden gleich in Lager eingewiesen, die vor allem im tschechischen Gebiet vielerorts errichtet worden waren. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Rückkehr nach Jugoslawien (x006/101E-102E): >>Aus Deutschland gelangten nur wenige an die jugoslawische Grenze, meist indem sie sich den Rücktransporten der jugoslawischen Deportierten anschlossen. Aus Österreich machten sich Jugoslawien-Deutsche in Richtung Slowenien in geschlossenen Transporten, die z.T. von der amerikanischen Militärregierung zusammengestellt wurden, auf den Weg nach Österreich. Sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen, nach Ungarn abgelenkt oder über Agram in Durchgangslager wie Pisаница gebracht, von wo sie bald wieder nach Hause entlassen wurden.

Rückwanderertrucks aus Niederösterreich, der CSR und Ungarn, wo das Kriegsende die Flüchtlinge überrascht hatte, erreichten nach dem Anmarsch durch Südungarn den Norden der Woiwodina. Auch sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen oder nach kurzem Aufenthalt im Sammellager Subotica außer Landes verwiesen, häufig heimlich über die ungarische Grenze getrieben oder in das Lager Sekic geschafft, aus dem sie Ende 1945 nach Gakovo gebracht wurden. ...

Nachträglich wurde so auch die Flucht dieser nunmehr Rückkehrwilligen dadurch zur Vertreibung, daß man ihnen die Heimkehr und den Aufenthalt im Lande verweigerte. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-97E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.

Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Januarhälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland ausgesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. ...

Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät, gekommen, so daß eine geregelte Flucht nicht mehr möglich war. Ein Teil der Flüchtlingstrucks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zur Umkehr gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort erschossen, die übrigen in die Sowjetunion verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.

Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung von Volksdeutschen ins Innere



der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.

Ungeachtet ihrer deutschen Staatsangehörigkeit wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden. ...

... Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig ... belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen. Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.

Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.

Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. ...

... Einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden. Schon Ende Mai 1945 erging allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten.

Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen. Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz z.T. anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. ...

Insgesamt dürften im Sommer 1945 ... zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>... Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder nach Ungarn eingeströmt. ...

Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen. ...

Man schickte zunächst alle Flüchtlinge ganz allgemein in ihre Heimatorte zurück, um Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine genauere Kontrolle der Bevölkerung zu erreichen. Diese Maßnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Einstellung der sowjetischen Politik zur Vertreibung. Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern, die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben.

Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr

suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimatorte. Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchzuschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben für dauernd in Österreich. ...

Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert. Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch.

... Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften. Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde. ...<<

### **Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges**

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte.

Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte. Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfbiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottene Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungs-

gebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besetzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-89E):

>>Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjetunion zugesprochen werden solle. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. ...

Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenig Tausend Deutsche. Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden.

...

Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. ... Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte.

Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.

Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausenden, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen. ... Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich

der Oder-Neiße-Linie (x001/104E,109E-112E): >>Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee. ... <<

>>... Als "Organ der öffentlichen Sicherheit" herrschte in den deutschen Dörfern und Städten die polnische Miliz. ... Meist nach dem Belieben der einzelnen sowjetischen Kommandanten und der polnischen Ortsgewaltigen aufgestellt, waren die lokalen Milizeinheiten oft aus sehr fragwürdigen Elementen zusammengesetzt. Ihre überstürzte Aufstellung führte dazu, daß sich häufig arbeitsunlustige junge Leute oder aber Personen anschlossen, die sich von der Tätigkeit der Miliz ein einträgliches Geschäft versprachen.

Von Ausnahmen abgesehen hat diese von den polnischen Behörden aus dem Boden gestampfte Miliz eine für die deutsche Bevölkerung verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie mißbrauchte ihre Ordnungsgewalt zu zahllosen Plünderungen, ließ ihren nationalen Haßgefühlen hemmungslosen Lauf und quälte und mißhandelte zahlreiche völlig unschuldige Deutsche.

Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...

Eines der ersten Anzeichen der Verwaltungsübernahme durch die Polen war es, daß eine neue Verhaftungswelle in den Städten und Dörfern einsetzte. Die Festnahme und Verschleppung von Tausenden ehemaliger Nationalsozialisten und anderer der Besatzungsmacht verdächtiger Personen durch die Russen genügte den polnischen Behörden nicht. Der durch die jahrelange nationalsozialistische Okkupation Polens und die dort verübten Untaten genährte Haß forderte jetzt Vergeltung und fragte nicht viel nach schuldig oder unschuldig.

Es begann damit ein neues furchtbares Kapitel der grausamen Verfolgung vieler Menschen, die, obwohl persönlich meist unschuldig, für das büßen mußten, was während der Kriegsjahre im Namen Deutschlands an Polen oder polnischen Juden begangen worden war. Die Gefängnisse in den Städten füllten sich mit Deutschen. ... Die Einrichtung von Sonderstrafgerichten für die Fahndung nach allen Verdächtigen schuf einen Zustand, der eine nur auf Verdachtsmomente gestützte Verhaftungswelle begünstigen mußte und der Willkür alle Türen öffnete. Erst am 17.10.1946 wurden die Sonderstrafgerichte abgeschafft.

Bis zu dieser Zeit aber wurde bei den Verhören und Verhaftungen von Deutschen oft schreiendes Unrecht begangen.

Wie zu allen Zeiten eines Regimewechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der Angehörigen der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit den Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden.

Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzentrationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab. Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sdismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung. ...

Tausende von Deutschen, die wegen Parteizugehörigkeit oder aus anderen Gründen beschuldigt waren, wurden aus Oberschlesien in Lager nach dem polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, mußten dort jahrelang härteste Zwangsarbeit leisten und waren fortgesetzten Mißhandlungen sowie Hunger und Krankheiten infolge unzureichender Verpflegung ausgesetzt. Die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich in Oberschlesien nicht auf Einzel-

verhaftungen, so ungerechtfertigt auch diese oft schon waren. In manchen Teilen des Landes wurde die Bevölkerung ganzer Dörfer geschlossen in Lager eingewiesen, gleich ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. ...

Lager dieser Art, in denen jeweils 3.000 – 5.000 Deutsche untergebracht wurden, bestanden u.a. in Lamsdorf, Kreis Falkenberg, und in der Stadt Grottkau. Bis zur Ausweisung der Internierten und Auflösung der Lager im Sommer 1946 war eine überaus große Anzahl der Häftlinge an den Mißhandlungen sowie den zahlreichen Seuchen und Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Zustände verursacht wurden, gestorben. Es muß damit gerechnet werden, daß die sehr hohe Sterblichkeit in den Lagern, die vom Sommer 1945 bis zum Winter 1946 herrschte, Verluste bis zu 50 Prozent verursacht hat, besonders unter Kindern und alten Leuten.

Die schweren Mißhandlungen und die Zugrunderichtung von zahlreichen Deutschen in Lagern und Gefängnissen unter dem Vorwand von Sühne und Strafmaßnahmen waren ein grobes Unrecht, auch wenn dieser oder jener der Inhaftierten wirklich verantwortlich für Vergehen an Polen oder polnischen Juden gewesen ist. Die Masse der Betroffenen war zweifellos unschuldig. Wie einst für die nationalsozialistischen Machthaber, so war die Kollektivbeschuldigung auch für große Teile der polnischen Behörden und der polnischen Miliz die letzte Weisheit eines engstirnigen Chauvinismus.

Infolge des durch die nationalsozialistische Herrschaft genährten Deutschenhasses, der durch das leidenschaftliche polnische Temperament noch gesteigert wurde, verfielen die Polen mehr als die westlichen Siegnationen, ja selbst mehr als die Russen der Versuchung anheim, vergangenes Unrecht durch gleiches Unrecht zu vergelten. In augenfälliger Weise wurde dies an manchen öffentlichen Lynchaktionen deutlich, die vor allem in Polen, aber hier und da auch in den deutschen Ostgebieten vorkamen.

Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnischen Milizionäre (x294/102): >>... Die Staatsmacht verfügte in den ehemals deutschen Gebieten 1945 über kein Personal, die Verwaltungsstrukturen entstanden aus einem - auch personellen - Nichts und waren auf Freiwillige angewiesen.

Was lag da näher, daß der "szabrownik" ("Plünderer) seinen Vetter oder Nachbarn in die entstehende Polizei oder Kommunalverwaltung gehen ließ – und dieser ihm die notwendigen Unterlagen ausstellte, die die Einweisung des bisherigen Besitzers ins Lager als sicherheitspolizeilich erforderlich und die Beschlagnahmung seiner Habe als legitime Wiedergutmachung auswiesen? Es sollte Jahre dauern, bis der Staat, die solcherart entstandene organisierte Kriminalität in den Griff bekam. ...<<

### **Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland**

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schufteten.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztreppen, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).

Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Tragbalken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".

Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte. Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>Abgesehen von geringfügigen Aufräumarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Ingangsetzung der Betriebe. Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt.

Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektri-

sche Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. –

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts desto weniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war. Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. –

Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont. Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen ...

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft.

Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen. Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. ...

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden. ...

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. ... Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Plünderungen und Zerstörungen in Schlesien (x294/92-93): >>... Wie überall deportierten die Sowjets nicht nur Menschen, sondern sie demontierten auch ganze Betriebe. Die polnische Zentralverwaltung der Hüttenindustrie befürchtete im Frühjahr 1945 nicht ohne Grund, man werde statt der noch im Januar intakten Stahlwerke "nackte Wände übernehmen".

Die Plünderung von Land und Menschen blieb für Wochen ein Dauerzustand. Im April, fast zehn Wochen nach Ende der Kriegshandlungen, berichtete die neue polnische Stadtverwaltung Gleiwitz von ihren ersten Eindrücken: "Das Verhalten der Roten Armee gegenüber der Bevölkerung ist generell rücksichtslos, nach Aussage des (sowjetischen) Kommandanten der Militärkommandantur der Roten Armee können die Soldaten keinen Unterschied zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung machen".

Ein Offizier, der die ersten Wochen polnischer Herrschaft zusammenzufassen versuchte, notierte einen Monat später: "Die Armee requiriert Lebensmittel und Vieh ohne Rücksicht auf das Ausmaß der bisher erbrachten Leistungen und ohne irgendein System. Aber das schlimmste Übel sind die willkürlichen Plünderungen und Gewalttaten, die grauenhafte Ausmaße angenommen haben (...). Die Bevölkerung des Opperlandes, das seit 120 Jahren keinen Krieg auf seinem Territorium erlebt hat, ist ganz einfach entsetzt und hält die Russen für völlige Barbaren". ...<<

### **"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien**

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.

Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewalttätig über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Juni- und Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Be-



ginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>... Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint. ...

Ehe noch die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

... Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt (Danzig) durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. ...

Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massive Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt. Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben. ... Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging. ...

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesien betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren. ...

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. Neiße. Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden.

In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ost-

deutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos. Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten. Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde. ...

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, das schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. ...

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/93-95):  
>>... Die Langsamkeit des Übergangs von Krieg zu Frieden, die monatelange Angst und Unsicherheit dürfte eines der wichtigsten kollektiven Erlebnisse der Deutschen östlich von Oder und Neiße gewesen sein.

In diesem Zustand warteten etwa 5 Millionen von ihnen, in der Regel apathisch, erschrocken, von den Nachrichten abgeschnitten, auf den weiteren Gang der Ereignisse. Die wenigsten werden geglaubt haben, daß Breslau (das erst am 6. Mai kapitulierte und wo während der Belagerung rund 40.000 Menschen umgekommen waren) oder die ebenfalls weitgehend zerstörten Stettin und Königsberg nicht zum Reich zurückkehren würden.

Indessen übergaben die Sowjets nach und nach die zivile Verwaltung in den meisten Gebieten östlich von Oder und Neiße an die Polen. Hier und da herrschte noch die reine Militärverwaltung, die Regel war jedoch ein Nebeneinander von polnischen Zivil- und sowjetischen Militärbehörden, wobei Letztere im Zweifelsfall weiterhin das Sagen hatten.

Diese Dominanz der Sowjets entschied auch über den Ausgang der ersten Welle der Zwangsaussiedlung vor der Potsdamer Konferenz, als die polnischen Behörden versuchten, möglichst viele Deutsche so schnell wie möglich zu vertreiben und damit vor dem Gipfeltreffen der Großen Drei vollendete Tatsachen zu schaffen. Die sogenannten Militäraussiedlungen im Juni und Juli 1945 mußten nach wenigen Wochen abgebrochen werden, da die sowjetische

Besatzungszone in Deutschland nicht bereit war, Hunderttausende hungriger, arbeits- und obdachloser Menschen aufzunehmen.

Im Ergebnis sind vor Potsdam wohl nicht mehr als eine viertel Million Menschen aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben worden; Hunderttausende kehrten nach oft tagelangen Fußmärschen von der Grenze zurück in ihren alten Heimatort.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/87-88): >>... Schon längst vor den gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen, die schließlich alle Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen in der CSR zerstörten und die Vertreibung vorbereiteten, hatte die Durchsetzung der Grenzgebiete mit Angehörigen des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen. Bereits im Regierungsauftrag vom 11. Mai war die Bevölkerung aufgefordert worden, das Eigentum der Deutschen, Verräter und Kollaboranten sicherzustellen und es der öffentlichen Verwaltung zu übergeben. In Presseartikeln wurde die Bevölkerung aufgefordert, in die Grenzgebiete zu gehen und sich dort niederzulassen. ...

Von einer organisierten und kontrollierten tschechischen Durchdringung und Besiedelung des Sudetenlandes konnte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand kaum gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der ersten Zuwanderer gar nicht die Absicht hatte, im Grenzgebiet sesshaft zu werden. Amtliche Maßnahmen, private Willkürakte, Plünderungen und Raubaktionen waren im einzelnen nicht zu unterscheiden.

Erst durch die zur Zeit der ersten "wilden" Austreibungen erlassenen Dekrete und Verordnungen versuchte die Regierung den Zustrom der Tschechen zu lenken und alle deutschen Grenzgebiete mit Aussiedlern systematisch zu durchdringen. Dies war notwendig, da nach den ersten Austreibungsaktionen, die Ende Mai einsetzten, zahlreiche Ortschaften des Ostsudetenlandes von ihren Bewohnern entblößt waren und es nun galt, eine ausreichende Zahl tschechischer Bewohner in diese Regionen zu bringen.

Dafür sprachen innen- und außenpolitische Motive: Der "größte Moment in der tschechoslowakischen Geschichte", von dem die tschechoslowakischen Politiker wiederholt sprachen, sollte rasch genutzt, der Beweis für die Fähigkeit der tschechischen Nation, die Sudetengebiete zu besiedeln und auf ihrer von den Deutschen geschaffenen Höhe zu halten, sofort erbracht werden, um skeptischen Einwänden vor allem in Westeuropa zuvorzukommen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die "wilden Austreibungen" der Deutschen aus Jugoslawien (x006/99E-100E): >>Das Aide-memoire (vom 19.01.1946) forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit nach Deutschland", blieb indessen ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.

Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete. Obwohl der Nationalitäteng Gegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. ...

Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus, das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen ... völlig gesäubert werden. ... Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet. Flüchtlingstrecken (wurden) in improvisierte Lager – z.B. bei Cilli und Tüchern

gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden.

Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: So auf Schloß Herberstein in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten. Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. ...

... Auch aus Valpovo (und Krndija) versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschicken. Am 10.07.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.07.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.

Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<